



Antrag

der Abgeordneten **Prof. Dr. Ingo Hahn, Martin Böhm, Christian Klingen, Gerd Mannes, Ulrich Singer, Ralf Stadler, Andreas Winhart, Franz Bergmüller, Ferdinand Mang, Dr. Ralph Müller, Josef Seidl, Uli Henkel** und **Fraktion (AfD)**

Klimaideologie stoppen I - für eine Trendwende in der Klimapolitik des Bundes

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene für eine Rückabwicklung des Bundes-Klimaschutzplanes 2050 und des von der Bundesregierung beschlossenen Klimaschutzprogrammes 2030 einzusetzen.

Begründung:

Eine CO₂-Bepreisung hat bislang weder zur Verringerung des Ausstoßes an klimawirksamen Gasen, noch zur Ressourcenschonung beigetragen. Auch am Beispiel der ideologisch vorangetriebenen Förderung der Elektromobilität wird ersichtlich, dass die Bundesregierung keinen echten Umweltschutz anstrebt, sondern lediglich „Greenwashing“ betreibt. So werden beispielsweise für den Bau von elektrischen Antriebstechnologien weit mehr Ressourcen verschwendet, als bei der Herstellung herkömmlicher Antriebe. Die Spuren der umweltvernichtenden Nebenwirkungen der Elektromobilität finden sich in weiten Teilen der Welt, auch wenn sie in Deutschland nicht direkt ersichtlich sind.

Die ideologisch forcierten planwirtschaftlichen Maßnahmen der Bundesregierung hatten lediglich erhöhte Energiekosten und immer restriktiver werdende klimapolitische Auflagen insbesondere für kleine und mittelständische Unternehmen zur Folge. Die Ausgaben für die ideologiebasierte Energiewende werden bis 2025 allein in Deutschland mehr als 500 Mrd. Euro betragen, die den Verbrauchern und Leistungsträgern über die EEG-Umlage auferlegt werden. Darüber hinaus sieht die EU im Rahmen des Green-Deals Ausgaben in Höhe von bis zu 1 Mio. Euro bis 2030 vor. Die derzeitige Rezession wird dabei durch weitere überbordende klimapolitische Maßnahmen wie das sog. „Klimaschutzpaket“ der Bundesregierung noch weiter verstärkt.

CO₂-Kontingentierung und Zusatzbesteuerungen stellen nicht nur einen erheblichen Eingriff in die freie Marktwirtschaft dar, sondern forcieren soziale Ungleichheiten durch höhere Energiekosten, Verteuerung von Wohnraum, höhere Lebenshaltungskosten, Mobilitätseinschränkungen und immer prekärer werdende Beschäftigungsverhältnisse. Ferner sind die weitere Subventionierung nicht wettbewerbsfähiger und umweltschädlicher Technologien zur Energieerzeugung, so wie der intensive Energiepflanzenanbau in Verbindung mit dem Windkraftausbau, nicht nur nachweislich schädlich für die Biodiversität, sondern stellen auch erhebliche Eingriffe in die Kulturlandschaft dar.